



LANDKREIS
LUDWIGSBURG

Betätigungsbericht für das Jahr 2017

Fachbereich Prüfung und Revision

Anlage 1
zur Vorlage VA_47/2018
zur Sitzung am 26.11.2018
zugleich
zur Vorlage KT_01/2019
zur Sitzung am 25.01.2019

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Allgemeines	2
2 Regionale Kliniken Holding RKH GmbH	3
3 Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	5
4 Kliniken Service GmbH (KSG)	9
5 Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH (OKM)	10
6 ORTEMA GmbH	12
7 MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH	14
8 Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH (AVL)	16
9 Kleeblatt Pflegeheime gGmbH und Kleeblatt Consult GmbH	17

1 Allgemeines

Gegenstand der Betätigungsprüfung ist die Betätigung des Landkreises bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen der Landkreis allein oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist (Beteiligungsunternehmen).

Die Betätigungsprüfung erstreckt sich insbesondere darauf, ob

- die Zulässigkeitsvoraussetzungen für das Bestehen der Beteiligungsunternehmen nach den §§ 102, 103, 103 a und 105 a der Gemeindeordnung (GemO) erfüllt sind,
- der Landkreis seine Pflichten nach dem kommunalen Unternehmensrecht der §§ 102 bis 106 a und 108 GemO erfüllt sowie seine Befugnisse und Möglichkeiten nach dem Gesellschaftsrecht zur Steuerung und Überwachung seiner Beteiligungsunternehmen ausreichend und sachgerecht wahrnimmt und
- die Vertreter des Landkreises in den Unternehmensorganen ihre Aufgaben pflichtgemäß, mit der gebotenen Sorgfalt und unter angemessener Berücksichtigung der besonderen Interessen des Landkreises erfüllen.

Für die unmittelbaren Beteiligungen

- Regionale Kliniken Holding (KT-Beschluss 23.07.2004)
- Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (KT-Beschluss 01.07.1994)
- Abfallverwertungsgesellschaft Ludwigsburg mbH (KT-Beschluss 27.04.1990)
- Kleeblatt Pflegeheime gGmbH (KT-Beschluss 27.04.1990)

und die mittelbaren Beteiligungen

- Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH (KT-Beschluss 27.04.2007)
- ORTEMA GmbH (KT-Beschluss 27.04.2007)
- MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (KT-Beschluss 15.12.2017)
- Kliniken Service GmbH (KT-Beschluss 30.04.2004)
- Kleeblatt Consult GmbH (KT-Beschluss 25.04.2008)

ist dem Fachbereich Prüfung und Revision jeweils das Recht zur Betätigungsprüfung eingeräumt. Bei den übrigen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungsunternehmen besteht für den Landkreis kein Recht zur Betätigungsprüfung.

Nachfolgend werden die Prüfungsinhalte und -ergebnisse der für das Geschäftsjahr 2017 durchgeföhrten Betätigungsprüfungen dargestellt.

Details zum Gegenstand des Unternehmens und dem Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks, den Beteiligungsverhältnissen sowie der Lage der Unternehmen sind auch dem Beteiligungsbericht 2017 der Stabstelle Beteiligungsmanagement beim Landratsamt Ludwigsburg zu entnehmen.

2 Regionale Kliniken Holding RKH GmbH

2.1 Allgemeines

Bei der Beteiligung an der Regionalen Kliniken Holding RKH Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 207099, handelt es sich um eine unmittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg in Höhe von 50 % am Stammkapital.

Die Geschäftsanteile am Stammkapital von insgesamt 2.247.000,00 € stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Beteiligungsverhältnisse	Nennbetrag in Euro (€)	Anteil in Prozent (%)
Landkreis Ludwigsburg	1.123.500,00	50
Landkreis Karlsruhe	494.340,00	22
Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen	337.050,00	15
Enzkreis	292.110,00	13

Durch die Rechtsform der GmbH ist die Haftung der Gesellschafter, nach der erfolgten Eintragung in das Handelsregister, auf die Einlage begrenzt. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter ist im Gesellschaftsvertrag nicht bestimmt.

Die Basis für das Geschäftsjahr 2017 stellt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21.07.2009 dar.

Alleingeschäftsführer ist seit dem 01.01.2015 Herr Prof. Dr. Jörg Martin. Nach dem Ausscheiden des kaufmännischen Geschäftsführers zum 31.12.2014 wurde diese Geschäftsführerposition nicht mehr besetzt und stattdessen die Position eines kaufmännischen Direktors neu geschaffen, die seit dem 01.01.2015 von Herr Axel Hechenberger besetzt wird.

Der Aufsichtsrat besteht aus den Mitgliedern der Aufsichtsräte der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH, der Enzkreis Kliniken gGmbH und der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH sowie der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH.

Im Geschäftsjahr 2017 haben zwei Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden.

Die Sitzungen wurden entsprechend den gesellschaftsvertraglichen Vorgaben form- und fristgerecht einberufen. In den jeweiligen Sitzungen lag Beschlussfähigkeit vor. Die Beschlüsse sind ordnungsgemäß zustande gekommen. Der Fachbereich Prüfung und Revision hat an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen und konnte sich damit vom ordnungsgemäßen Hergang der Sitzungen überzeugen.

Durch den Aufsichtsrat wurden keine Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Die Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlungen sind jeweils im Umlaufverfahren erfolgt. Am 15.09.2017 wurde der Jahresabschluss 2016 festgestellt und der Entnahme des Jahresfehlbetrages aus der Gewinnrücklage zugestimmt. Außerdem wurde der Aufsichtsrat entlastet. Landrat Dr. Haas, als gesetzlicher Vertreter des Landkreises, hat bei den Beschlussfassungen jeweils die Empfehlungen der Gremien beachtet.

2.2 Rechnungsergebnis

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2015 bis 2017 ist nachfolgend tabellarisch abgebildet.

RKH GmbH	2015 in T€	2016 in T€	2017 in T€
Bilanzsumme	9.294	16.382	10.584
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	74	-608	190

Das angestrebte Ziel für das Geschäftsjahr 2017 wieder in den positiven Ergebnisbereich zu gelangen wurde erreicht. Der Jahresüberschuss von 190 T€ liegt deutlich über dem prognostizierten Planergebnis von 78 T€.

Die Tochtergesellschaften der Holding konnten das Geschäftsjahr 2017 planmäßig abschließen. Die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH lag mit einem Jahresfehlbetrag von -1,98 Mio. € über der Planung von -2,12 Mio. €. Bei der Enzkreis-Kliniken gGmbH konnte der planmäßige Fehlbetrag von -4,1 Mio. € auf -3,85 Mio. € reduziert werden. Die Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH lag im Ergebnis deutlich besser als in der Planung in Höhe von -480 T€ und konnte einen Jahresüberschuss von rund 23 T€ erwirtschaften.

Dem für das Wirtschaftsjahr 2017 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterversammlung am 20.03.2017 zugestimmt. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass der Unternehmensplan (Broschüre-Wir kalkulieren) keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 10 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht erfüllt. Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, die geforderten Unterlagen künftig volumäglich vorzulegen um damit der Informationspflicht zu genügen.

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 erweitert um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG. Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 25.06.2018. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

2.3 Prüfungsergebnis

Aufgrund der bei der Betätigungsprüfung für das Geschäftsjahr 2017 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der RKH GmbH, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der RKH GmbH verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfungsbericht datiert vom 26.09.2018.

3 Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

3.1 Allgemeines

Bei der Beteiligung an der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (KLB), eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 204454, handelt es sich um eine unmittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg in Höhe von 36,75 % am Stammkapital.

Die Geschäftsanteile am Stammkapital von insgesamt 5,5 Mio. € stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Beteiligungsverhältnisse	Nennbetrag in Euro (€)	Anteil in Prozent (%)
Landkreis Ludwigsburg	2.021.250,00	36,75
Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen	673.750,00	12,25
Regionale Kliniken Holding Ludwigsburg	2.805.000,00	51,00

Die Basis für das Geschäftsjahr 2017 stellt der Gesellschaftsvertrag vom 18.07.2007 dar. Die letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages ist am 22.03.2017 erfolgt, diese betrifft den § 2 Absatz 1. Der Zweck der Gesellschaft wurde insofern ergänzt, als dass der Betrieb eines Medizinischen Simulationszentrums zum Zweck der Förderung der Berufsbildung aufgenommen wurde.

Es bestehen folgende weitere Geschäftsgrundlagen:

- Konsortialverträge
- Geschäftsordnung des Aufsichtsrates vom 14.03.1994; Geschäftsordnung für die Organisationsstruktur der Kliniken Ludwigsburg–Bietigheim gGmbH vom 30.05.2008
- Jeweils zeitlich befristeter Zuwendungsbescheid und Betrauungsakt im Sinne des EU-Beihilferechts (Freistellungsbeschluss) gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind (AEUV).

Durch die Rechtsform der gGmbH ist die Haftung der Gesellschafter, nach der erfolgten Eintragung in das Handelsregister, auf die Einlage begrenzt. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter ist im Gesellschaftsvertrag nicht bestimmt.

Im Hinblick auf die kommunalrechtlich vorgeschriebene Haftungsbegrenzung sollten die Regelungen im Konsortialvertrag zur Finanzierung bzw. zum Verlustausgleich der Gebietskörperschaften für ihre jeweilige Klinikgesellschaft im Zuge der Neufassung dieser Verträge überprüft werden.

Zum Alleingeschäftsführer ist seit dem 01.01.2015 Herr Prof. Dr. Jörg Martin bestellt.

Als Kontrollorgan ist ein 20-köpfiger Aufsichtsrat eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2017 wurden drei Sitzungen des Aufsichtsrats abgehalten, außerdem hat eine Klausurtagung des erweiterten Aufsichtsrats stattgefunden.

Die Einberufung ist entsprechend den gesellschaftsvertraglichen Vorgaben form- und fristgerecht erfolgt. In den jeweiligen Sitzungen lag Beschlussfähigkeit vor. Die Beschlüsse sind ordnungsgemäß zustande gekommen. Der Fachbereich Prüfung und Revision hat an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen und konnte sich damit vom ordnungsgemäßen Hergang der Sitzungen überzeugen.

Durch den Aufsichtsrat wurden keine Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Die Gesellschafterbeschlüsse sind jeweils im Rahmen des Umlaufverfahrens gefasst worden. Die notwendigen Beschlüsse der kommunalen Gremien gemäß § 5 der Hauptsatzung des Landkreises Ludwigsburg wurden eingeholt. Herr Landrat Dr. Rainer Haas, als gesetzlicher Vertreter des Landkreises, hat diese Beschlüsse in den Gesellschafterversammlungen beachtet.

3.2 Rechnungsergebnis

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2015 bis 2017 ist nachfolgend abgebildet.

Geschäftsjahr	2015 in T€	2016 in T€	2017 in T€
Klinikum Ludwigsburg			
Bilanzsumme	388.271	413.624	417.487
Jahresfehlbetrag	-/-	-/-	-/-
Jahresüberschuss	1.249	4.425	1.058
Krankenhaus Bietigheim		ab 01.02.2016 Bietigheim- Vaihingen	
Bilanzsumme	62.399	72.315	70.614
Jahresfehlbetrag	504	2.029	901
Jahresüberschuss	-/-	-/-	-/-
Krankenhaus Marbach			
Bilanzsumme	24.553	23.683	22.630
Jahresfehlbetrag	1.490	1.583	2.093
Jahresüberschuss	-/-	-/-	-/-
Krankenhaus Vaihingen		ab 01.02.2016 Bietigheim- Vaihingen s.o.	
Bilanzsumme	14.575	-/-	-/-
Jahresfehlbetrag	2.337	-/-	-/-
Jahresüberschuss	-/-	-/-	-/-
Klinik für geriatrische Rehabilitation			
Bilanzsumme	246	220	192
Jahresfehlbetrag	60	52	42
Jahresüberschuss	-/-	-/-	-/-

Gesamtergebnis / KLB gGmbH (konsolidiert)	2015 in T€	2016 in T€	2017 in T€
Bilanzsumme ¹	460.156	475.265	475.384
Jahresfehlbetrag	3.142	-/-	1.977
Jahresüberschuss	-/-	760	-/-

Das abgelaufene Geschäftsjahr schließt zum 31.12.2017 mit einem Jahresfehlbetrag von 1,98 Mio. € und stellt sich damit besser als das prognostizierte Planergebnis von - 2,12 Mio. € dar.

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen auf 475,4 Mio. €, was aus der weiter anhaltenden Investitionstätigkeit resultiert. Trotz der gestiegenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um rund 1,4 Mio. € aufgrund der Anfragen des medizinischen Dienstes, hat sich der Gesamtforderungsbestand gegenüber dem Vorjahr um 1,38 Mio. € auf rund 170 Mio. € reduziert.

Insgesamt sind die Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr um rund 8,5 Mio. € abgesunken und betragen noch 221 Mio. €. Dabei war ein Anstieg bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um rund 1 Mio. € zu verzeichnen, der sich aus den offenen Bau-rechnungen zum Bilanzstichtag ergibt. Außerdem haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3,7 Mio. € erhöht. Für die Ablösung von Darlehen mit auslaufender Zinsbindung wurden vom Landkreis Mittel zur Verfügung gestellt, wodurch der Altbestand an Darlehen reduziert werden konnte.

Dem für das Wirtschaftsjahr 2017 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterversammlung am 23.01.2017 zugestimmt. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass der Unternehmensplan (Broschüre–Wir kalkulieren) keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 10 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht erfüllt. Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, die geforderten Unterlagen künftig vollumfänglich vorzulegen um damit der Informationspflicht zu genügen.

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses erweitert um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG. Der Bericht des Abschlussprüfers, PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12.06.2018. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

3.3 Prüfungsergebnis

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2017 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der KLB gGmbH, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der KLB gGmbH

¹ Im Gesamtergebnis sind die Innenumsätze (Forderungen und Verbindlichkeiten der einzelnen Häuser untereinander) nicht enthalten.

verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfungsbericht datiert vom 08.10.2018.

4 Kliniken Service GmbH (KSG)

4.1 Allgemeines

Bei der Beteiligung an der Kliniken Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung (KSG), eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 206977, handelt es sich um eine mittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg. Alleingesellschafterin ist die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (KLB) mit einer Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 €. Sitz der Gesellschaft ist Ludwigsburg.

Grundlage im Geschäftsjahr 2017 war der Gesellschaftsvertrag vom 02.12.2009, zuletzt geändert zum 01.07.2012.

Geschäftsführer der KSG im Geschäftsjahr 2017 waren Herr Prof. Dr. Jörg Martin und Herr Axel Hechenberger. Die Bestellung von Herr Prof. Dr. Jörg Martin wurde im Geschäftsjahr 2017 über den 30.04.2018 hinaus für weitere 5 Jahre und 8 Monate bis zum 31.12.2023 mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen. Die Bestellung ist an die Geschäftsführertätigkeit bei der Regionalen Kliniken Holding RKH GmbH geknüpft.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat gebildet. Aus dem Gesellschaftsvertrag und den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen, § 52 GmbHG, ergibt sich für die KSG mbH keine Pflicht zur Bildung eines Aufsichtsrates.

Im Geschäftsjahr 2017 haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Über die Sitzungen sind Niederschriften angefertigt und von der Geschäftsführung unterzeichnet worden. Der Jahresabschluss 2016 wurde von der Gesellschafterversammlung am 18.09.2017 festgestellt und die Zuführung des Jahresüberschusses in voller Höhe zur Gewinnrücklage beschlossen.

4.2 Rechnungsergebnis

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2015 bis 2017 ist nachfolgend abgebildet.

KSG GmbH	2015 in T€	2016 in T€	2017 in T€
Bilanzsumme	933	2.251	1.754
Jahresüberschuss	121	228	212

Dem für das Wirtschaftsjahr 2017 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterversammlung am 30.01.2017 zugestimmt. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass der Unternehmensplan (Broschüre–Wir kalkulieren) keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 6 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht erfüllt. Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, die geforderten Unterlagen künftig vollumfänglich vorzulegen um damit der Informationspflicht zu genügen.

Das erzielte Jahresergebnis 2017 in Höhe von 212 T€ konnte die Planung von 124 T€ überschreiten, blieb allerdings um 16 T€ hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Die anvisierten Umsatzerlöse von 18,2 Mio. € konnten nicht vollständig erreicht werden, im Vergleich zum Vorjahr (17,2 Mio. €) wurde aber eine Steigerung um rund 760 T€ erwirtschaftet. Zusätzlich ist der Materialaufwand etwas höher ausgefallen als geplant. Der Personalaufwand hat den kalkulierten Planaufwand um rund 444 T€ unterschritten und betrug 11.085 T€ (Vj. 9,96 Mio. €). Die Firma CURATIS hatte bis Ende 2017 die Betriebsführung der Hauswirtschaft und der Wäscheversorgung inne, diese Bereiche werden ab 2018 durch eigene Führungskräfte geleitet und eine neue Struktur aufgebaut.

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 erweitert um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG. Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12. Juni 2018. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

4.3 Prüfungsergebnis

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2017 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der KSG, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der KSG verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfbericht datiert vom 23.08.2018.

5 Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH (OKM)

5.1 Allgemeines

Bei der Beteiligung an der Orthopädischen Klinik Markgröningen gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (OKM), eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 205466, handelt es sich um eine mittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg. Alleingesellschafterin ist die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 4.545.100,00 €. Sitz der Gesellschaft ist Markgröningen, Landkreis Ludwigsburg.

Die vertragliche Grundlage für das Geschäftsjahr 2017 stellt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11.10.2010 und 09.10.2017 dar.

Geschäftsführer der OKM gGmbH im Geschäftsjahr 2017 war Herr Prof. Dr. Jörg Martin, zusätzlich wurde ab dem 01.10.2017 Herr Olaf Sporys zum Geschäftsführer bestellt.

Die Bestellung von Herr Prof. Dr. Jörg Martin wurde im Geschäftsjahr 2017 über den 30.04.2018 hinaus für weitere 5 Jahre und 8 Monate bis zum 31.12.2023 mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen. Die Bestellung ist an die Geschäftsführertätigkeit bei der Regionalen Kliniken Holding RKH GmbH geknüpft.

Die Mitglieder des 18-köpfigen Aufsichtsrates entsprechen den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH außer deren zwei Vertretern des Betriebsrates.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2017 drei Sitzungen abgehalten. Eine Klausurtagung des erweiterten Aufsichtsrats hat am 22.03.2017 stattgefunden. Es wurden vom Aufsichtsrat keine Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Gesellschafterversammlungen haben im Geschäftsjahr 2017 am 25.07.2017 und 09.10.2017 stattgefunden. Dabei wurden beispielsweise der Jahresabschluss 2016 festgestellt und der Aufsichtsrat sowie die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016 entlastet.

Der Fachbereich Prüfung und Revision hat an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen und sich unmittelbar vom ordnungsgemäßen Hergang der Sitzungen insbesondere der Beschlussfassungen überzeugt. Über die Sitzungen sind Niederschriften angefertigt und unterzeichnet worden.

5.2 Rechnungsergebnis

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2015 bis 2017 ist nachfolgend tabellarisch abgebildet.

OKM gGmbH	2015 in T€	2016 in T€	2017 in T€
Bilanzsumme	80.741	88.450	87.267
Jahresfehlbetrag	-/-	-/-	900
Jahresüberschuss	8,3	131	-/-

Das Planergebnis 2017 mit einem Jahresfehlbetrag von -396 T€ konnte nicht eingehalten werden. Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf -900 T€, im Vergleich dazu konnte im Vorjahr noch ein Jahresüberschuss von rund 131 T€ erzielt werden. Die Geschäftsleitung stellt die wesentlichen Chancen und Risiken für das Unternehmen im Lagebericht dar. Teilweise resultiert das negative Jahresergebnis aus den dargestellten Marktrisiken. Insbesondere der Mehrmengenabschlag, der durch den Fixkostendegressionsabschlag ersetzt wird belastet das Ergebnis um rund 370 T€.

Dem für das Wirtschaftsjahr 2017 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterversammlung am 16.12.2016 zugestimmt. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass der Unternehmensplan (Broschüre–Wir kalkulieren) keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 13 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht erfüllt.

Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, die geforderten Unterlagen künftig vollumfänglich vorzulegen um damit der Informationspflicht zu genügen.

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 erweitert um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG. Der Bericht des Abschlussprüfers, PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12.06.2018. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

5.3 Prüfungsergebnis

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2017 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der OKM gGmbH, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der OKM gGmbH verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfbericht datiert vom 24.08.2018.

6 ORTEMA GmbH

6.1 Allgemeines

Bei der Beteiligung an der ORTEMA GmbH, eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 204258, handelt es sich um eine mittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg. Alleingesellschafterin ist die Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) mit einer Stammeinlage in Höhe von 26.000,00 €. Sitz der Gesellschaft ist Markgröningen.

Der Landkreis Ludwigsburg ist, nach der Holdinggründung, an der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH direkt mit 36,75 % am Stammkapital beteiligt; über diese Beteiligung ist der Landkreis Ludwigsburg mittelbar an der OKM gGmbH und somit an deren 100% -igen Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH beteiligt.

Grundlage im Geschäftsjahr 2017 waren der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 23.07.2007 mit letzter Änderung vom 30.04.2010 und die Geschäftsordnung in der Fassung vom 01.12.2013.

Zum Geschäftsführer im Jahr 2017 war Herr Prof. Dr. Jörg Martin bestellt. Vertretungsbe-rechtigt gemeinsam mit dem Geschäftsführer waren Herr Hartmut Semsch und Herr Olaf Sporys.

Bei der ORTEMA GmbH ist ein beratender Beirat installiert. Dieser hat das Recht, der Gesellschafterversammlung (OKM vertreten durch den Geschäftsführer) für deren Beschlüsse und für deren Verhalten gegenüber der Geschäftsführung Empfehlungen auszusprechen und sichert damit dem Landkreis Ludwigsburg einen Einfluss in der mittelbaren Beteiligung. Dieser vertraglich festgelegte Einfluss beschränkt sich auf die Beratungsfunktion. Auf die fehlenden Niederschriften der Beiratssitzungen wurde im Prüfungsbericht über die Betätigungsprüfung 2016 vom 16.10.2017 hingewiesen. Die Feststellung ist noch nicht ausgeräumt, aus diesem Grund wird mit diesem Bericht erneut darauf hingewiesen.

Im Geschäftsjahr 2017 hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden. Über die Sitzung wurde eine Niederschrift angefertigt und unterzeichnet.

6.2 Rechnungsergebnis

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2015 bis 2017 ist nachfolgend tabellarisch abgebildet.

ORTEMA GmbH	2015 in T€	2016 in T€	2017 in T€
Bilanzsumme	2.735	3.135	3.285
Jahresüberschuss	152	18	0,95

Das Jahresergebnis von 953,00 € liegt nicht im geplanten Bereich (104 T€) und ist im Vergleich zum Vorjahr (18 T€) erneut abgesunken. Das Ziel weiter steigender Umsatzerlöse im Bereich Orthopädie-Technik und Rehabilitation und Medical Fitness konnte realisiert werden, die gleichzeitig gestiegenen Material- und Personalaufwendungen haben aber eine Verbesserung im Gesamtergebnis verhindert.

Dem für das Wirtschaftsjahr 2017 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterver-sammlung am 16.12.2016 zugestimmt. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass der Unternehmensplan (Broschüre–Wir kalkulieren) keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 9 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht erfüllt.

Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, die geforderten Unterlagen künftig vollumfänglich vorzulegen und damit der Informationspflicht zu genügen.

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 erweitert um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG. Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12.06.2018. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

6.3 Prüfungsergebnis

Aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2017 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der ORTEMA GmbH, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der ORTEMA GmbH verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfungsbericht datiert vom 21.09.2018.

7 MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH

7.1. Allgemeines

Bei der Beteiligung an der MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (MVZ gGmbH), eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 748438, handelt es sich um eine mittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg. Alleingesellschafterin ist die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (KLB gGmbH) mit einer Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 EUR. Die Gesellschaft mit Sitz in Ludwigsburg hat am 01.04.2014 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen.

Grundlage im Geschäftsjahr 2017 war der Gesellschaftsvertrag vom 12.03.2014. Außerdem liegt ein Kooperations- und Mietvertrag vom 04.04.2014 zwischen der KLB gGmbH und der MVZ gGmbH vor. Dieser Vertrag regelt die Zusammenarbeit und die Nutzung des Labors des Pathologischen Instituts und die Kostenerstattungen für die Inanspruchnahme von Personal und die Nutzung von Räumen und Einrichtungen.

Geschäftsführer der MVZ gGmbH im Geschäftsjahr 2017 waren Herr Prof. Dr. Jörg Martin und Herr Matthias Ziegler. Die Bestellung von Herr Prof. Dr. Jörg Martin wurde im Geschäftsjahr 2017 über den 30.04.2018 hinaus für weitere 5 Jahre und 8 Monate bis zum 31.12.2023 mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat gebildet, eine Pflicht dazu besteht nicht.

Im Geschäftsjahr 2017 haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Über die Sitzungen sind Niederschriften angefertigt und von der Geschäftsführung unterzeichnet worden.

7.2. Rechnungsergebnis

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2015 bis 2017 ist nachfolgend abgebildet.

MVZ gGmbH	2015 in T€	2016 in T€	2017 in T€
Bilanzsumme	948	967	1.236
Jahresüberschuss	332	262	257

Der Jahresüberschuss weist den Betrag vor der beschlossenen Gewinnabführung an die Gesellschafterin KLB gGmbH aus. Für das Geschäftsjahr 2017 wurde eine Gewinnausschüttung von 200 T€ beschlossen.

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12.06.2018. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Der für das Wirtschaftsjahr 2017 vorgelegte Unternehmensplan wurde von der Gesellschafterversammlung am 25.11.2016 beschlossen. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass der Unternehmensplan (Broschüre–Wir kalkulieren) weder eine 5-jährige Investitionsplanung noch eine Stellenübersicht enthält. Ausgewiesen wird nur die 5-jährige Ergebnisplanung und ein Darlehensspiegel (0,00 €). Die Vorgaben des § 11 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht erfüllt. Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, die geforderten Unterlagen künftig vollumfänglich vorzulegen und damit der Informationspflicht zu genügen.

7.3. Prüfungsergebnis

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2017 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der MVZ gGmbH, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der MVZ gGmbH verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfbericht datiert vom 22.08.2018.

8 Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH (AVL)

8.1 Allgemeines

Die AVL GmbH mit Sitz in Ludwigsburg wurde durch notariellen Vertrag vom 30.05.1989 gegründet und ist seit dem 10.07.1989 als kreiseigene GmbH tätig. Das Stammkapital der AVL GmbH beträgt 102.260,00 € und ist voll eingezahlt.

Seit dem 07.06.2010 ist die AVL GmbH zu 50 % an der Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH beteiligt.

Vertragliche Grundlage für die Betätigungsprüfung 2017 war der Gesellschaftsvertrag vom 30.05.1989 mit den notariellen Änderungen vom 03.11.1998 / 18.01.1999 und 21.11.2001 / 04.02.2002 sowie vom 10.11.2014.

Alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin der AVL war in der Zeit vom 01.01.2017 bis zum 30.09.2017 interimweise Frau Ina Jansen, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Prüfung und Revision. In der Gesellschafterversammlung vom 21.07.2017 wurde Herr Tilman Hepperle mit Wirkung zum 01.10.2017 zum neuen Geschäftsführer bestellt.

Herr Tobias Mertenskötter, der seit dem 01.02.2017 als Abteilungsleiter der Deponie- und Energietechnik bei der AVL tätig ist, wurde in der Gesellschafterversammlung der HDG am 08./17.02.2017 zum Geschäftsführer der Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH mit Wirkung ab dem 01.02.2017 bestellt.

Prokura besaßen im Jahr 2017 Herr Henning Makevic, Abteilungsleiter der Finanzen und Organisation, Herr Albert Walter, Leiter des Dezernats Finanzen, Schulen und Liegenschaften des Landkreises und ab dem 01.08.2017 Herr Tobias Mertenskötter, Abteilungsleiter Deponie- und Energietechnik der AVL. In seiner Sitzung am 07.12.2017 hat der Aufsichtsrat Herrn Albert Walter als Prokuristen der AVL zum 31.12.2017 abberufen, da Herr Walter zu diesem Zeitpunkt sein Arbeitsverhältnis beendet und in den Ruhestand gegangen ist.

Durch die Besetzung des Aufsichtsrats mit 12 Kreisräten und dem Aufsichtsratsvorsitz unter Herrn Landrat Dr. Haas hat sich der Landkreis einen angemessenen Einfluss bei der AVL GmbH gesichert. Als gesetzlicher Vertreter des Landkreises Ludwigsburg ist Herr Landrat Dr. Haas einziges Mitglied der Gesellschafterversammlung.

Im Geschäftsjahr 2017 fanden vier reguläre Aufsichtsratssitzungen, zwei Sondersitzungen, zwei Arbeitsgruppensitzungen und eine Deponiebesichtigung sowie fünf Gesellschafterversammlungen statt.

Die vom Kreistag in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder nahmen ihre Pflichten wahr und machten von ihren Prüfungs- und Auskunftsrechten hinreichend Gebrauch.

Nach Durchsicht der Protokolle konnte festgestellt werden, dass immer Beschlussfähigkeit vorlag und die Beschlüsse ordnungsgemäß zustande kamen. Über alle Sitzungen des Aufsichtsrats sowie über die Gesellschafterversammlung wurden Niederschriften angefertigt und vom Vorsitzenden unterzeichnet.

8.2 Rechnungsergebnis

Die AVL GmbH unterliegt nach dem HGB der Prüfungspflicht durch einen Wirtschaftsprüfer. Sie ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 und 4 HGB. Aufgrund dieser Prüfungspflicht wurde entsprechend dem Beschluss des Aufsichtsrates vom 20. Juli 2017 der Jahresabschluss zum 31.12.2017 durch die Price WaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk wurde mit Prüfbericht vom 11. April 2018 erteilt.

Im Geschäftsjahr 2017 konnte bei einer Bilanzsumme von 39,25 Mio. € (Vorjahr 38,16 Mio. €) ein Jahresüberschuss von 3.786.125,74 € (Vorjahr 1.729.731,25 €) erzielt werden.

8.3 Prüfungsergebnis

An einer wirtschaftlichen Betriebsführung besteht aufgrund der durchgeführten Prüfung kein Zweifel. Es fielen keine Punkte auf, die zeigen würden, dass die Vertreter des Landkreises ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen nicht pflichtgemäß und sorgfältig erledigt hätten.

Die Betätigungsprüfung der AVL GmbH für das Geschäftsjahr 2017 durch den Fachbereich Prüfung und Revision ist abgeschlossen. Der Prüfbericht datiert vom 11. Juni 2018.

9 Kleeblatt Pflegeheime gGmbH und Kleeblatt Consult GmbH

9.1 Allgemeines

Mit Beschluss vom 27.04.1990 bzw. 25.04.2008 beauftragte der Kreistag den Fachbereich Prüfung und Revision mit der Betätigungsprüfung bei der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH und der Kleeblatt Consult GmbH.

Die vertragliche Grundlage zur Prüfung war für die Kleeblatt Pflegeheime gGmbH der Gesellschaftsvertrag vom 30.05.1989 in der Fassung vom 17.12.2014 und für die Kleeblatt Consult GmbH der Gesellschaftsvertrag vom 21.03.2007.

Gesellschafter der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH sind der Landkreis Ludwigsburg, 20 Kreisgemeinden und der Zweckverband Pattonville. Das Stammkapital der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH beträgt 736.000,00 € und ist voll eingezahlt. Der Landkreis Ludwigsburg ist mit einer Stammeinlage von 64.000,00 € (8,7 %) an der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH beteiligt.

Die Kleeblatt Consult GmbH ist eine 100%ige Tochter der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH. Das Stammkapital der Kleeblatt Consult GmbH beträgt 25.564,59 €. Es ist voll eingezahlt.

Bei der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH wurde ein Kuratorium mit beratender Funktion eingerichtet. Diesem gehören neben den gesetzlichen Vertretern der Kommunen fünf Kreisräte und jeweils zwei Stadt- / Gemeinderäte / Vertreter des Zweckverbandes an. Herr Landrat Dr. Rainer Haas, als gesetzlicher Vertreter des Landkreises Ludwigsburg, und die Damen und Herren Bürgermeister sowie der Zweckverbandsvorsitzende sind Mitglieder der Gesellschafterversammlung.

Im Geschäftsjahr 2017 waren Frau Andrea Nisi-Binder und Herr Stefan Ebert gemeinsam Geschäftsführer der Kleeblatt gGmbH und der Kleeblatt Consult GmbH.
Es fanden zwei Gesellschafterversammlungen sowie eine Sitzung des Kuratoriums statt. Die Einladungen zu allen Sitzungen erfolgten satzungsgerecht, es wurden jeweils ordnungsgemäße Niederschriften angefertigt. Nach Durchsicht der Protokolle wurde festgestellt, dass stets Beschlussfähigkeit vorlag und die Beschlüsse ordnungsgemäß zustande kamen.

9.2 Rechnungsergebnis

Sowohl die Kleeblatt Pflegeheime gGmbH als auch die Kleeblatt Consult GmbH unterliegen der Prüfungspflicht nach dem HGB durch einen Wirtschaftsprüfer.

Gemäß dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18.07.2017 wurde der Jahres- und Konzernabschluss 2017 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Kullen Müller Zinser Treuhand GmbH (KMZ) geprüft. Ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk wurde mit Prüfbericht vom 30. Mai 2018 erteilt.

Der Jahresabschluss der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH weist für das Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.274.051,41 € (Vorjahr: 1.309.776,77 €) aus. Die Bilanzsumme beträgt 60.963.862,52 € (Vorjahr: 61.550.583,86 €).

Die Konzernbilanz 2017 weist bei einer Bilanzsumme von 61.532.238,04 € (Vorjahr: 62.100.208,83 €) einen Jahresüberschuss von 1.342.300,60 € (Vorjahr: 1.264.030,40 €) aus.

9.3 Prüfungsergebnis

Die Betätigungsprüfung der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH und der Kleeblatt Consult GmbH für das Geschäftsjahr 2017 durch den Fachbereich Prüfung und Revision ist abgeschlossen. Der Prüfbericht datiert vom 28. September 2018.